



Berlin, 15. Juni 2009

GdP zur Polizeilichen Kriminalstatistik 2008:

Freiberg: Verrohung schreitet voran

Berlin. Eine sorgfältige Analyse der Kriminalitätsentwicklung fordert der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Konrad Freiberg, angesichts eines in der heute vorgestellten Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) 2008 registrierten Rückgangs der Gesamtkriminalität um 2,7 Prozent. Vor allem die auf den ersten Blick positiven Entwicklungen bei Gewaltdelikten mit einem über dreiprozentigen Minus und bei der Jugendgewalt mit rund minus sechs Prozent relativierten sich schnell, wenn man tiefer unter die Oberfläche schaue. Die sprunghaft gestiegene Fallzahl von gefährlichen und schweren Körperverletzungen im öffentlichen Raum um über 9 Prozent und die erneut gestiegene Zahl der Widerstandshandlungen gegen Vollstreckungsbeamte zeigten, dass Gewalt, oftmals in Verbindung mit übermäßigem Alkoholenuss, weiterhin als Geißel der Gesellschaft gelten müsse. Freiberg: „Polizeibeamtinnen und -beamten schlägt zunehmend massive Gewalt entgegen, sei es bei Auseinandersetzungen von Links- und Rechtsextremisten, bei Großereignissen, bei Fußballspielen oder Streitereien in Kneipen oder im Haushalt. Die Verrohung schreitet weiter voran.“

Freiberg weiter: „Ich kann nur davor warnen, jetzt aus der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik, ob bewusst oder unbewusst, die falschen Rückschlüsse zu ziehen. Wer diese Zahlen nutzen will, um erneut an der Personalschraube der Polizei zu drehen, ist jedenfalls auf dem Holzweg.“ Vor allem die wachsenden Herausforderungen bei Großeinsätzen, die latente Gefahr von Terroranschlägen, die steigende Internetkriminalität und die zunehmende Gewaltbereitschaft, die Polizistinnen und Polizisten immer häufiger am eigenen Leib zu spüren bekämen, erforderten ein gegenteiliges Vorgehen, nämlich eine spürbare Stärkung der Polizei.

Unter dem Strich, so lobte Freiberg, habe die Polizei erneut mehr als jede zweite Straftat aufgeklärt. Dieser Erfolg sei personellen Engpässen trotzend und durch Millionen von Überstunden hart errungen worden. Der GdP-Vorsitzende: „Die polizeiliche Arbeit muss von der Politik nachhaltig gesichert werden.“

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)-117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190